

von aus, daß China bis zum Jahr 2010 einen Bedarf von 280 Mio. t Rohöl haben wird, der zu rd. 25% aus Importen gedeckt werden muß. Schätzungen von Luo Yingjun von der zweiten großen Erdölgesellschaft China National Petroleum & Gas Corp (CNPC) zufolge werden bis 2010 Importe in Höhe von 40 bis 50 Mio. t notwendig werden.

In den ersten acht Monaten d.J. betrug das Volumen der Erdölimporte 21,37 Mio. t, ein Anstieg um lediglich 1,1% gegenüber der Vorjahresperiode. Trotz Ausfällen in der Produktion aufgrund der Überschwemmungen im Sommer wird für das gesamte Jahr nur mit Einfuhren von rd. 25 Mio. t gerechnet, ein deutlicher Rückgang gegenüber den Importen von 35,47 Mio. t des Jahres 1997.

Das laufende Jahr wird von der Erdölindustrie als extrem schwierig beschrieben, und zwar aufgrund der Konjunkturlaute, dem Verfall der Preise auf dem Weltmarkt sowie dem weitverbreiteten Erdölschmuggel. Aufgrund des gesättigten Marktes waren zunächst die Bohrstellen mit einer Produktionskapazität von weniger als 1,4 Mio. t pro Jahr geschlossen worden. Nachdem im Juli die Anti-Schmuggelaktivitäten der Regierung Wirkung zeigten und die inländischen Erdölpreise erhöht worden waren, lohnte es sich wieder, diese Bohrstellen in Betrieb zu nehmen.

Obwohl die CNPC für dieses Jahr mit einer erheblichen Steigerung ihrer Produktion gerechnet hatte, wird die Gesamtmenge nur bei rd. 107 Mio. t liegen, also auf dem Niveau des Vorjahres. Die CNPC trägt im Durchschnitt rd. zwei Drittel zur nationalen Fördermenge bei. Für 1998 wird mit einem Rückgang der Gewinne auf rd. 4 Mrd. Yuan aufgrund von Verlusten der Raffinerien und niedriger Gewinne abgelegener Ölfelder, für die hohe Transportkosten zu den Raffinerien anfallen, gerechnet. Die Produktionskosten sind der CNPC zufolge in China vergleichbar hoch wie in den USA und Europa, allerdings höher als im Mittleren Osten. Nur das größte Ölfeld in Daqing hat Produktionskosten von 100-200 Yuan pro Tonne. (SCMP, 6.11.98)

Li Yongwu, Direktor der Staatlichen Behörde für die Petroleum- und Chemieindustrie, rechnet damit, daß die Raffinerien im laufenden Jahr nur bis zu 60% ausgelastet sind. (AWSJ, 2.11.98) Sinopec zufolge sind die Ursa-

chen hierfür vor allem billige Erdölimporte und Schmuggel. Im letzten Jahr lag die Auslastung der Raffinerien, die 160 Mio. t verarbeiten können, bei 70%. Trotz der niedrigen Auslastungen plant die chinesische Regierung, die Kapazitäten der einzelnen Raffinerien weiter auszubauen, die dann jeweils mindestens 5 Mio. t pro Jahr verarbeiten sollen. (NfA, 4.11.98)

Die im Frühjahr begonnene Reorganisation des Erdölsektors wird von ausländischen Analysten zwar grundsätzlich befürwortet, der Zeitpunkt der Umstrukturierung jedoch als äußerst ungünstig angesehen. So waren die zwei marktbeherrschenden Konzerne, CNPC und Sinopec, mit dem Ziel umstrukturiert worden, zwei vertikal organisierte Konzerne mit hoher Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen. Die Umstrukturierung fand unter schwierigen gesamtwirtschaftlichen Bedingungen und niedrigen Erdölpreisen statt und führte dazu, daß die beiden Konzerne beim Kampf um regionale Marktanteile hohe Verluste erlitten. (NfA, 30.11.98) -schü-

Binnenwirtschaft

18 Neue Struktur der Zentralbank nimmt Gestalt an

Mitte November kündigte die Zentralbank die Gründung der ersten Regionalniederlassung der Zentralbank in Shanghai an. Weitere acht Regionalniederlassungen sollen bis zum 20.12.98 hinzukommen. Damit wird die Anfang des Jahres aufgezeigte Umstrukturierung der Zentralbank in provinzenübergreifende Niederlassungen abgeschlossen, die an die Stelle der 31 derzeitigen Niederlassungen auf der Ebene der Provinzen, Autonomen Gebiete und regierungsunmittelbaren Städte treten werden. Die Regionalniederlassungen der Zentralbank werden vorläufigen Mitteilungen zufolge in folgenden Städten zu finden sein, denen dann jeweils bestimmte Regionen zugeordnet werden:

Shanghai: Die neu gegründete Regionalniederlassung der Zentralbank in Shanghai wird zukünftig durch Wu Xiaoling, frühere Direktorin des State Administration of Foreign Exchange, geleitet werden. Die Regionalniederlassung ist eine Fusion der drei frü-

heren Niederlassungen der Zentralbank in Shanghai sowie in den Provinzen Fujian und Zhejiang. Der Einflußradius der neuen Regionalniederlassung in Shanghai erstreckt sich auf rd. ein Siebtel des nationalen Kredit- und Einlagenvolumens des Bankensystems. Die offizielle Eröffnung der Regionalniederlassung wird Anfang Januar 1999 sein.

Nach Angaben des Zentralbankpräsidenten Dai Xianglong ist Shanghai als Standort aufgrund seiner Funktion als regionaler und internationaler Finanzmarkt ausgewählt worden. Die Regionalniederlassung wird rd. 400 Beschäftigte haben; allein die alte Zentralbankniederlassung Shanghai hatte 580 Beschäftigte. Neben Wu Xiaoling wird es weitere fünf stellvertretende Direktoren in der Regionalniederlassung geben.

Regionalniederlassung Shenyang: Von einer Regionalfiliale in der Hauptstadt der Provinz Liaoning aus werden zukünftig die drei nordöstlichen Provinzen Liaoning, Jilin und Heilongjiang betreut werden.

Regionalniederlassung Tianjin wird zuständig für die regierungsunmittelbare Stadt Tianjin sowie die Provinzen Hebei und Shanxi und die Autonome Region Innere Mongolei sein.

Regionalniederlassung Jinan: Von der Hauptstadt der Provinz Shandong aus erfolgt die Kontrolle über die Provinzen Shandong und Henan.

Regionalniederlassung Nanjing: Diese Niederlassung in der Hauptstadt der Provinz Jiangsu wird ihre Kontrolle auf die Provinzen Jiangsu und Anhui erstrecken.

Regionalniederlassung Guangzhou: Von der Hauptstadt der Provinz Guangdong aus wird die Regionalniederlassung Guangzhou die Provinzen Guangdong, Guangxi und Hainan kontrollieren.

Regionalniederlassung Wuhan: Diese Niederlassung in der Hauptstadt der Provinz Hubei wird die Provinzen Hubei, Hunan und Jiangxi beaufsichtigen.

Regionalniederlassung Chengdu: Von der Hauptstadt der Provinz Sichuan aus muß sich diese Regionalniederlassung die Provinzen Sichuan, Yunnan und Guizhou kümmern.

Regionalniederlassung Xian: Die geldpolitische Aufsicht über die Provinzen Shaanxi, Gansu, Qinghai sowie über

die Autonomen Regionen Ningxia und Xinjiang wird von Xian, Hauptstadt der Provinz Shaanxi, aus durchgeführt.

Ziel der Umstrukturierung der Zentralbankniederlassungen ist es, die Geldpolitik der Einflußsphäre der jeweiligen Lokalregierungen zu entziehen. Neben einer besseren Umsetzung der geldpolitischen Vorstellungen der Zentralbank soll die Finanzaufsicht verstärkt und die Regulierungseffizienz erhöht werden. Nach wie vor wird die Zentralbank ihren Sitz in Beijing behalten und von dort aus eine geldpolitische Überwachungsfunktion gegenüber Beijing und Chongqing ausüben.

Ausländische Analysten haben diesen neuen Reformschritt begrüßt, da zukünftig die Zentralbank mehr Einfluß haben wird, ihre Politik und ihre Kontrollen umzusetzen. So wird ein großer Teil der faulen Kredite in Chinas Bankensystem auf die mangelnde Durchsetzung von Vorschriften und Bestimmungen der Zentralregierung zurückgeführt; dies gilt auch für die enormen Spekulationssummen, die in die Investment- und Treuhandgesellschaften geflossen sind. (*Sing Tao Jih Pao*, Hong Kong, 14.11.98, in: SWB, FE/D3387/CNS 18.11.98; SCMP, 17. und 19.11.98; NZZ, 18.11.98; AWSJ, 17. und 18.11.98)

Neben der Umstrukturierung des Zentralbankensystems sind jedoch auch weitere Schritte zur Lösung der krisenhaften Entwicklung des Bankensystems von Dai Xianglong im November vorgestellt worden. So soll bis Juni 1999 ein Plan zur Klassifizierung der Kredite in fünf Kategorien auf der Basis internationaler Standards vorgelegt werden. In der Provinz soll bereits in diesem Jahr versuchsweise mit dieser Klassifizierung begonnen werden.

Die Klassifizierung der Kredite soll den Weg für den Aufbau von Unternehmen für die Vermögensverwaltung und -abwicklung nach dem Vorbild der United States' Resolution Trust Corp. bereiten. Diese Unternehmen sollen dann die uneinbringlichen Kredite der Staatsbanken übernehmen und abwickeln. Außerdem soll es Banken in noch größerem Umfang gestattet sein, Kredite abzuschreiben. Mit diesen Maßnahmen hofft Dai, daß die uneinbringlichen Kredite innerhalb von zwei Jahren auf einen internationalen Durchschnitt fallen werden. Im Gegensatz zu ausländischen Finanzana-

lysten nannte Dai eine Zahl von 6-7% uneinbringlicher Kredite im gesamten Finanzsystem Chinas. (SCMP, 19.11.98) -schü-

19 Übernahme der Wirtschaftsunternehmen des Militärs durch Staatliche Wirtschafts- und Handelskommission

Zum 15. Dezember 1998 sollen die kommerziellen Unternehmen des Militärs nach Angaben der Hongkonger Zeitschrift *Ming Bao* der Verwaltung der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission unterstellt werden. Die Wirtschaftsunternehmen des Militärs sowie der bewaffneten Polizei sind in den verschiedensten Sektoren zu finden, von Mobilfunknetzen bis hin zu Karaoke-Clubs, im Transport- und Immobiliensektor, im Kohlebergbau und Restaurantgewerbe. Es soll sich insgesamt um ca. 20.000 Unternehmen handeln.

Staatspräsident Jiang Zemin, der gleichzeitig Vorsitzender der Militärkommission ist, gab im Juli Anweisung zur Umstrukturierung der Wirtschaftsbetriebe des Militärs. Über diese Unternehmen wird Schätzungen zufolge ein Drittel der Militärausgaben finanziert. Auch zukünftig sollen die meisten Einheiten bestehen bleiben, doch unter eine neue Verwaltung gestellt werden. Nur die verschuldeten Unternehmen sollen geschlossen werden.

Die Einnahmen aus den Unternehmen sollen zukünftig direkt in die Staatskasse fließen, so daß keine größeren Verluste für den Staat aufgrund von größeren Leistungen für das Militär auftreten müssen. (NfA, 9.11.98; SCMP, 4.11.98)

Nach Angaben des *South China Morning Post* vom 4.11.98 hat der Staatsrat ein Büro eingerichtet, das die Übernahme der Unternehmen koordinieren wird, während die Staatliche Wirtschafts- und Handelskommission mit der Übergabe im Detail beschäftigt ist, die von einer Reihe von Überprüfungen der wirtschaftlichen Situation der Unternehmen begleitet sein werden. (SCMP, 4.11.98)

Zu den besonderen Zielen bei der Schließung von kommerziellen Militärunternehmen zählen Unternehmen in der Provinz Guangdong. Dort soll das Militär ausgedehnte Schmuggeloperationen betrieben haben. Vor ei-

nigen Monaten gab es Berichte in den chinesischen Medien, daß ein höherer Beamter der bewaffneten Polizei in Guangdong zum Tode verurteilt wurde, da er Schmuggelgeschäfte mit Zigaretten abgewickelt hatte, bei denen Militäreinrichtungen genutzt worden waren. (FT, 23.10.98)

Eine Trennung der kommerziellen Unternehmen von den Militäraufgaben könnte unter den derzeitigen schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen leichter sein als zuvor. So zeigen viele der Wirtschaftsunternehmen des Militärs, daß sie einerseits nicht wettbewerbsfähig sind im zivilen Produktionsbereich und andererseits ihre militärischen Schlüsselaufgaben nur unzureichend erfüllen können. Als Beispiel hierfür gilt das Unternehmen Shenyang Aircraft Corporation, das mit 200 verschiedenen zivilen Produkten, von Bussen bis Fernsehgeräten, kaum Synergieeffekte erreichen kann. Das Unternehmen hatte auch in erster Linie für die Erblasten des sozialistischen Planungssystems zu sorgen, d.h. für 18.000 Beschäftigte und 11.000 Rentner, einschließlich von fünf Grund- und vier Mittelschulen für die Kinder der Angestellten und Arbeiter. Einem Unternehmenssprecher zufolge müssen im Durchschnitt 60.000 bis 70.000 Yuan für Zinszahlungen aufgebracht werden, mehr als der gesamte Gewinn von 20.000 Yuan im Jahre 1997 betragen hat. Die Diversifizierung des Unternehmens in zivile Produktionsbereiche mit dem Ziel, hierdurch die Finanzierung von Kampfflugzeugen zu sichern, war bisher nur wenig erfolgreich.

Ob die Abtrennung der kommerziellen Unternehmen überhaupt gelingen kann, ist eine grundsätzliche Frage. Erste positive Anzeichen dafür werden in der im November begonnenen Übertragung der Unternehmensgruppe Sanjiu Enterprises Group unter die Kontrolle des Staatsrates gesehen. Dagegen wird die Abtrennung anderer Unternehmen wie beispielsweise der Poly Group, das größte und gewinnbringendste Unternehmen des Militärs, weitaus schwieriger sein. (FT, 16.11.98) -schü-

20 Unzureichende Unterstützung für den Privatsektor

In einer vor kurzem durchgeführten Untersuchung wurde die unzureichende Unterstützung privater Unternehmen durch die Lokalregierungen be-

stätigt. Befragt worden waren in einer von der Zentralregierung in Auftrag gegebenen Befragung private Unternehmer in den Provinzen Zhejiang, Henan und Gansu. Von den Befragten antworteten 56%, daß die Unterstützung durch die Lokalregierung nicht ausreichend sei und forderten eine stärkere Förderung. Nur 38% der Befragten sagten, daß sie die notwendige Hilfe durch die Lokalregierung erhielten.

Neben illegalen Gebühren zählt der zeitaufwendige Prozeß der Registrierung bei den verschiedenen Lokalbehörden zu den größten Problemen, denen sich die Privatunternehmen gegenübersehen. Um den Registrierungsprozeß zu beschleunigen, müßten die Unternehmen oftmals zu Bestechungen greifen. Viele Unternehmen beklagten sich auch, daß sie Schwierigkeiten hätten, Kredite von den staatlichen Banken zu erhalten. In den Küstenprovinzen wie Zhejiang war der Zugang zu Krediten für Privatunternehmen jedoch noch leichter als in den Inlandsprovinzen wie Gansu.

Die von der Behörde für die Umstrukturierung der Wirtschaft beim Staatsrat durchgeführte Untersuchung sollte herauszufinden, wie der Privatsektor am besten ausgeweitet werden kann. Über die Förderung des Privatsektors sollen nach den Vorstellungen der Zentralregierung mehr Arbeitsplätze geschaffen und die Inlandsnachfrage stimuliert werden. Die Untersuchung sollte weiterhin die Möglichkeiten privater Unternehmen aufzeigen, kleine und mittlere Staatsunternehmen in den Provinzen zu übernehmen.

Bis Ende 1997 belief sich die Zahl der privaten Unternehmen (einschließlich der Selbständigen) auf 29,47 Mio. und die Beschäftigtenzahl in diesen Unternehmen auf 85 Mio. Arbeitskräfte. Private Unternehmen trugen mit 34% zu den insgesamt seit 1978 neu geschaffenen Arbeitsplätzen bei. Damit private Unternehmen noch mehr Arbeitslose als bisher absorbieren können, forderte die Zentralregierung die Provinzen dazu auf, diese Unternehmen stärker zu unterstützen. Allerdings stößt die Umsetzung der Politik auf Probleme. Obwohl die Provinzregierungen angekündigt haben, die illegalen Gebühren gegenüber Privatunternehmen abzuschaften, werden diese Gebühren von verschiedenen Abteilungen in den Provinzregierungen weiter erhoben.

Eines der Ergebnisse der Untersuchung war auch, daß sich die Entwicklung der Privatunternehmen noch in der Anfangsphase befindet. So würden sich die meisten Unternehmen in Industriezweigen mit einem geringen Technologieniveau befinden; ihr registriertes Kapital belief sich im Durchschnitt auf 306.000 Yuan. Dementsprechend seien die meisten Unternehmen nicht in der Lage, kleine oder mittlere Staatsunternehmen zu kaufen oder zu pachten. (SCMP, 24.11.98)

In den einzelnen Provinzen ist die Bedeutung der privaten Unternehmen sehr unterschiedlich, obwohl die Privatunternehmen in den Küstenprovinzen am stärksten vertreten sind. In Shandong spielen diese Unternehmen inzwischen eine herausragende Rolle für die gesamte Entwicklung der Provinz. Nach Angaben der Xinhua-Nachrichtenagentur trug der Privatsektor zum Wirtschaftswachstum der Provinz mit 1,4% im ersten Halbjahr 1998 bei. Die Zahl der Selbständigen belief sich bis August d.J. auf 2,58 Mio. und die Zahl der privaten Unternehmen auf rd. 880.000. Im gesamten Privatsektor arbeiteten 6,9 Mio. Menschen, ein Anstieg um 20% gegenüber der Vorjahresperiode. Das registrierte Kapital der Unternehmen belief sich auf 50,8 Mrd. Yuan, ein Anstieg um 40,5%. Unter den Privatunternehmen waren 5.200 Unternehmen, die ein registriertes Kapital von mehr als 1 Mio. Yuan aufwiesen; 12 Unternehmen verfügten sogar über ein registriertes Kapital von über 100 Mio. Yuan. (XNA, 7.11.98) -schü-

21 Arbeiterproteste gegen Entlassungen

Im November traten erneut landesweit zahlreiche Demonstrationen und Arbeiterproteste auf. So blockierten beispielsweise nach einem Bericht der *South China Morning Post* vom 18.11.98 rd. 200 Arbeiter in der Hauptstadt der Provinz Hunan, Changsha, den Straßenverkehr. Sie hatte über einen Zeitraum von sechs Monaten kein Gehalt bekommen und forderten Nahrungsmittel für ihre Familien. Vor dem Sitz der Stadtregierung endete der Protestzug. Die Regierung kündigte an, daß sie den Fall untersuchen und innerhalb von zwei Tagen reagieren werde. Die Polizei begleitete zwar die Demonstranten, griff jedoch nicht ein.

In Beijing protestierten nach einem

anderen Bericht der *South China Morning Post* vom 4.11.98 rd. 30 entlassene Arbeitskräfte des Minzu-Hotels mit einem Sitzstreik vor dem Hotel. Die entlassenen Arbeitskräfte forderten materielle Unterstützung und medizinische Versorgung. Das Minzu-Hotel verfügt über rd. 600 Zimmer und beschäftigt über 800 Personen.

Dem Bericht der *South China Morning Post* vom 23.11.98 zufolge demonstrierten 17 entlassene Arbeitskräfte eines Kaufhauses in Privateigentum in Beijing gegen ihre Freisetzung. Sie forderten vom Unternehmen, daß dieses ihnen die Kosten der Krankenversicherung und die Renten zahlen soll. Das Unternehmen verwies jedoch auf seine leeren Kassen.

Die Arbeitskräfte hatten in diesem Kaufhaus zwischen 6 bis 24 Monate gearbeitet, bevor das Unternehmen mit Verlusten in Höhe von 40 Mio. Yuan Anfang November schließen mußte. Die entlassenen Arbeitskräfte waren als Aushilfskräfte eingestellt worden und sollten nach einer Probezeit in ein festes Beschäftigungsverhältnis übernommen werden, in dem sie Anspruch auf Krankenversicherung und Rente gehabt hätten. Keiner der Arbeitskräfte hatte jedoch auf die Umsetzung des Versprechens gedrängt, da sie befürchteten, dadurch ihren Arbeitsplatz zu gefährden.

Dies ist ein Beispiel dafür, daß viele zunächst als Aushilfskräfte oder kurzfristig beschäftigte Personen keinen Anspruch auf medizinische Versorgung, Rente oder andere Sozialleistungen haben. Da selbst der Kampf um solche Stellen hart geworden ist, schrecken die meisten Arbeitskräfte ohne soziale Absicherung davor zurück, diese gegenüber den Betriebsleitungen zu verlangen.

Im Zusammenhang mit den zunehmenden Entlassungen in den Städten wird der Anstieg der Kriminalität gesehen. Der Vizevorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses (NVK) und gleichzeitige Vizevorsitzende der ZK-Kommission für die umfassende Regulierung der öffentlichen Sicherheit, Cao Zhi, wies gegenüber den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des NVK Anfang November d.J. auf die Zunahme der Schwermriminalität hin, die auf das Konto von Arbeitslosen und Migrationsarbeitern gehen würde. Hierzu zählte Cao Zhi insbesondere Mord, Raub und Einsatz von Sprengstoff.

fen zu kriminellen Zwecken. Auch Prostitution, Glücksspiel und Delikte im Zusammenhang mit Drogen haben Cao Zhi zufolge trotz verstärktem Polizeieinsatz zugenommen. Kurzfristig müßten die Provinzregierungen ihre Anstrengungen bei der Bekämpfung der Kriminalität noch verstärken, während langfristig die Entwicklung der Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen zur Absorbierung der überschüssigen städtischen und ländlichen Arbeitskräfte notwendig wäre.

Nach Statistiken der Polizei wurden in den ersten sechs Monaten d.J. rd. 833.000 Kriminaldelikte registriert, das waren 21% mehr als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. In einigen Küstenprovinzen hat sich Cao Zhi zufolge die Situation zwar deutlich verbessert, landesweit betrachtet gebe es allerdings eine Verschlechterung der öffentlichen Sicherheit. Nach Angaben eines NVK-Mitglieds soll sich die Schwere der Kriminalität insbesondere in den Provinzen Liaoning, Sichuan und Hainan erhöht haben. (SCMP, 4.11.98)

Um die materielle Situation der Arbeitslosen zu verbessern, haben die Lokalregierungen eine Grundsicherung für Arbeitslose eingeführt. Ein Beispiel hierfür ist Guangzhou, Hauptstadt der Provinz Guangdong. Die Grundsicherung für Arbeitslose beträgt 340 Yuan monatlich. Entlassene Arbeitskräfte, die gegen Arbeitslosigkeit versichert sind, haben einen Anspruch auf Unterstützung für einen Zeitraum von 3 bis 24 Monaten. (XNA, 9.11.98) -schü-

22 Elektrizitätssektor: Überkapazität hat chronische Knappheit ersetzt

In einem Bericht vom 16.11.98 weist die *Financial Times* darauf hin, daß einige Entwicklungen im chinesischen Energiesektor in diesem Jahr Auslandsinvestoren und Ökonomen gleichfalls verwirrt haben. Während die Zunahme des Elektrizitätsoutputs ungefähr 50% des BIP-Wachstums in den vergangenen Jahren betragen hatte, veränderte sich diese Relation in den ersten neun Monaten d.J. drastisch. So stieg der Elektrizitätsoutput um lediglich 2%, die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate lag jedoch bei 7,2%. Trotz des geringen Anstiegs der Elektrizität erhöhte sich die industriellen Wertschöpfung um 8% in den

ersten neun Monaten, obwohl die verarbeitende Industrie in weitem Ausmaß von Elektrizität abhängig ist.

Die Wachstumsrate des Elektrizitätsoutputs wurde von einigen kritischen Beobachtern der chinesischen Wirtschaft als aussagefähiger für die tatsächliche Entwicklung angesehen, als andere statistische Daten. Für diese Analysten war das Auseinanderfallen von Statistiken zur Energieentwicklung und anderer ökonomischer Grunddaten rätselhaft und sie vermuteten, daß die übrigen ökonomischen Daten fehlerhaft sind.

Die sinkende Elektrizitätsnachfrage verstärkt den bereits schwindenden Enthusiasmus ausländischer Unternehmen, sich im Energiesektor zu betätigen. Innerhalb nur weniger Jahre hat sich die Lage im Energiesektor von einer chronischen Knappheit zu einem allgemeinen Überangebot verändert. Für die Entwicklung des Energiesektors will China außerdem stärker Ausrüstungen der inländischen als der ausländischen Hersteller kaufen. Ein Bericht des Consulting-Unternehmens Cambridge Energy Research Associates von Anfang 1998 weist auf diese Zusammenhänge hin. Nachdem China lange Zeit als unterentwickelter Markt galt und private Kraftwerksanbieter sich um diesen Markt stritten, gibt es dem Bericht zufolge nunmehr Überkapazitäten in allen Sektoren, die attraktiv für ausländische Investoren sein können. Allerdings existierten enorme regionale Unterschiede in der Entwicklung des Energiesektors. Während Inlandsprovinzen wie Gansu, Qinghai, Henan und Sichuan weiterhin Energieknappheiten aufweisen, verfügten viele Küstenregionen über größere Überkapazitäten.

Zur Entwicklung des Energiesektors trugen ausländische Unternehmen erheblich bei. Ende 1997 zählte die State Power Corporation, die als Verwaltungsbehörde auf Ministerienebene arbeitet, insgesamt 96 auslandsfinanzierte Projekte mit einem vertraglichen Investitionsvolumen von 23,7 Mrd. US\$. Aufgrund der nachlassenden Elektrizitätsnachfrage hat sich auch das Interesse der Auslandsunternehmen abgekühlt. Hinzu kommen vielfältige Probleme, die die Arbeit der Unternehmen in China erschweren. Beispielsweise versuchten die chinesischen Vertragspartner nach Angaben von AES Corporation ständig

aus bestehenden Verträgen auszusteigen oder Zahlungen zu umgehen. AES hat insgesamt 380 Mio. US\$ in neun Energieprojekte mit einer Kapazität von 3.000 MW investiert und will erst neue Investitionen durchführen, wenn die Regierung die Einhaltung der laufenden Verträge garantiert. -schü-

SVR Hongkong

23 Legislative verweigert der Regierungserklärung knapp die Unterstützung

Die Hongkonger Exekutive hat in der Legislative eine wenn auch nur symbolische, so doch empfindliche Abstimmungsniederlage hinnehmen müssen. Die Abgeordneten der Legislativversammlung verweigerten der Regierungserklärung Tung Chee-hwas (siehe C.a. 1998/10, S.1116-1117) die traditionelle „motion of thanks“, mit der eine allgemeine Zustimmung zur Regierungspolitik ausgedrückt wird. Bisher hatte nur der ehemalige britische Gouverneur Patten 1996 eine solche Abstimmungsniederlage erlitten. (SCMP, 5.11.1998; FT, 5.11.1998)

Die Abstimmung erfolgte – wie im *Basic Law* vorgeschrieben – getrennt erstens nach Abgeordneten, die von berufsständischen und brachenbezogenen Wahlkollegien (30) bestimmt wurden, und zweitens solchen, die in geographischen Wahlbezirken (20) und von einem Wahlausschuß (10) gewählt wurden. Das Ergebnis war denkbar knapp: Die „motion of thanks“ wurde angenommen mit 23 zu fünf Stimmen in der ersten Gruppe und 15 zu 14 Stimmen in der zweiten Gruppe. Damit fehlte in der zweiten Abgeordnetengruppe allerdings eine Stimme zur notwendigen absoluten Mehrheit. Der Antrag gilt damit als abgelehnt.

Mitglieder der Exekutive zeigten sich enttäuscht, wollten die Abstimmung jedoch als „interne Angelegenheit“, nicht als Mißtrauensvotum der Legislative verstanden wissen. Der Vorgang werde keinerlei Auswirkungen auf die aus ihrer Sicht wohlbegründete und langfristig angelegte Regierungspolitik haben. -hei-